

Das schreit zum Himmel

Geflüchtete: „Beschämende Geste“, FR-Meinung vom 9. April

Im Angesicht der coronabedingten Rückführungen deutscher Touristen sowie der gestatteten Einreise von Erntehelfern ist die geplante Einreise von lediglich fünfzig Flüchtlingskindern in der Tat ein Vorgang, der uns alle mit Scham erfüllen muss. Er zeigt, wie wenig der Geist des Grundgesetzes bei den die Verantwortung tragenden Politikern ausgeprägt ist. Bei vielen Verantwortungsträgern ist die Aussage, dass die Würde des Menschen für alle und nicht nur Deutsche gilt, unbedingt in Erinnerung zu rufen. Die Situation in Griechenland schreit zum Himmel.

Diejenigen, die eine wirklich von Humanität oder Christentum geprägte Flüchtlingspolitik und die Aufnahme von wesentlich mehr leidenden Menschen fordern, vor allen Dingen Kranken und Höherbetagten, brauchen unbedingt Unterstützung aus der politischen Klasse. Nein, ein Grund zum Stolz ist das Verhalten der Bundesrepublik und der Staaten Europas derzeit nicht. Die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte scheint nicht zu gelten. Vielmehr hat man beim Gerede mancher Entscheidungsträger den Eindruck, dass die unmenschlichen populistischen Thesen der rechtsradikalen AfD wiederholt werden, was einem in der Tat die Schamesröte ins Gesicht treiben muss. Manfred Kirsch, Neuwied



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Ohne Reserven in eine düstere Zukunft

Grundeinkommen: „Grüne Jugend will 1000 Euro für alle“, FR-Politik vom 6.4., und „Unzureichend“, FR-Meinung vom 27.3.

Vielleicht zunächst auf zwei Jahre zur Probe

Nach der Pandemie wird und sollte sich Einiges ändern – hoffentlich zum Positiven. Vor allem für die von uns, die derzeit existenziell betroffen sind. Teilzeit- und Minijobber, Freischaffenden, Künstler, Kleinstgewerbetreibende – es sind bestimmt noch mehr. Sie werden jetzt, wenigstens wohl zum größten Teil, vom Staat unterstützt. Doch das läuft über kurz oder lang aus. Es ist abzusehen, dass damit keineswegs ihre weitere Existenz gesichert ist, denn der Neubeginn wird dauern und für viele gar nicht mehr möglich sein. Die Politik sollte daher das Grundeinkommen einführen, vielleicht erst einmal zur Probe auf vielleicht zwei Jahre.

Die mit keinen Bedingungen verbundene staatliche monatliche Zahlung (etwa 1200 Euro, für Kinder die Hälfte) reicht zum wenn auch bescheidenen Leben und gewährt ein Mindestmaß von soziokultureller Teilhabe an der Gesellschaft. Damit niemand zu viel erhält, wird die Zahlung mit dem übrigen zu versteuern Einkommen des Empfängers, sofern vorhanden ist, verrechnet, soweit das höher ist. Das Einkommen, das gegebenenfalls nach Verrechnung mit dem BG verbleibt, wird wie bisher besteuert.

Die grundsätzliche Bedeutung des Grundeinkommens geht zwar darüber hinaus, seine

Hilfe gerade jetzt liegt aber darin, dass es den noch lange währenden existenziellen Ängsten vor allen der Nicht- und Geringverdienern unter uns entgegenwirkt. Die sind nämlich auf ein laufendes Existenzminimum angewiesen, da dort kaum Reserven vorhanden sind. Ohne das Grundeinkommen sieht für einen großen Teil unserer Mitmenschen die nähere Zukunft düster aus.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Eine gigantische grüne Neuverschuldung

Überraschend, dass der Vorschlag der Grünen-Jugend, 1000 Euro monatliches Grundeinkommen für alle Menschen in Deutschland durchsetzen zu wollen, auf offenbar null Resonanz beim Establishment der Partei stößt. Dabei handelte es sich wahrlich um ein gigantisches Vorhaben. Danach müssten gut 82 Milliarden Euro pro Monat aus Steuermitteln aufgebracht werden. Die Forderung, dies für ein halbes Jahr auszuprobieren, bedeutete, gut eine halbe Billion Euro zu benötigen. Der jetzige Bundeshaushalt beträgt gut 360 Milliarden Euro; für ein ganzes Jahr. Die nunmehr, zur Minderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen beschlossene Neuverschuldung 150 Milliarden Euro. Da keine Steuergesetzgebung auf die Schnelle hinzubekommen sein wird, hieße dies, eine gigantische grüne Neuverschuldung zu wollen. Und da unterschiedslos, so ist das mit dieser Form der Grundsicherung gemeint, ausgezahlt werden wird, erhalten auch diejenigen die 1000 Euro pro Monat, die sie gewiss nicht benötigen. Wahrlich ein Anlass für Frau Baerbock, Herrn Habeck sowie die Expertokratie der Grünen, sich zu positionieren. Und ja, das Thema „Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit“ spielt eine große Rolle!

Torsten Warnecke, Bad Hersfeld

Überwindung von Ungleichheit

Butterwege lehnt das Grundeinkommen ab. Das kann er locker. Er sollte erklären, warum er der „Bazooka“ vertraut. Stattdessen bekämpft er eine Kleinunternehmerin, der offensichtlich wie vielen anderen jetzt schon das Wasser bis zum Hals steht. Versteht er nicht die Verzweiflung vieler Menschen in ähnlicher, prekärer Lage, die ihre Geschäfte aufgeben (müssen), weil ihre finanzielle Reserven schwinden? Er verschwendet keinen Gedanken zur Überwindung von Ungleichheit, beharrt auf seinen Erkenntnissen, verbreitet soziale Kälte, weil ihn der Alltag Vieler nicht interessiert. Selbst nicht in der größten Nachkriegskrise der BRD (Merkel).

Gerd Blickhan, Berlin

Weitere Zuschriften zu diesem Thema und Debatte: frblog.de/grundeinkommen-2

Viel zu tun für Scheuer

Teststrecken: „0-Lkw rechnen sich“, FR-Wirtschaft vom 2. April

Einmal angenommen, die sieben Milliarden Euro für die Errichtung eines Oberleitungsnetzes für O-Lkw entlang den Autobahnen würden in die Infrastrukturverbesserung der Deutschen Bahn investiert. Dann müsste man kein Geld für eine Parallelwelt aufwenden! Die Trassen für viel höhere Tonnagen sind dort bereits vorhanden! Es fehlt an kundenfreundlicher Infrastruktur. Die ganze Geschichte mit den O-Lkws sehe ich als Versuch der Lkw-Industrie, sich ein neues Marktsegment vom Staat finanzieren zu lassen! Es sind die Konzerne Daimler AG (Mercedes-Benz) und Volkswagen AG (MAN und Scania). Bei der Daimler AG sehe ich die Sache besonders kritisch, da sie über die Maut-Firma Toll Collect bereits mit dem Staat verwickelt ist. Diese Großkonzerne sollten sich vielleicht Gedanken machen, wie man Elektrotransporte in den Städten optimal realisiert. Die Deutsche Post AG fand keine Unterstützung, wählte den Weg zur Eigenherstellung und musste leider aufgeben! Da gäbe es viel zu tun, vor allem für den in allen Fällen spendablen Verkehrsminister Scheuer.

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Im hohen Elfenbeinturm der Fußballfunktionäre

Gehaltsverzicht bei Eintracht Frankfurt: „20 Prozent weniger“ und zu „Ein Jahr Tauchstation mit all den negativen Folgen“, FR-Sport vom 11. und 2. April

Überbezahlte Freizeitbelustiger

Frei nach dem Motto: Wer am lautesten jammert, dem geht es wohl wirtschaftlich am schlechtesten, der muss sofort staatliche oder sonstige finanzielle Hilfe erhalten?! Obwohl dieser Wirtschaftszweig zuvor Milliarden verdient hat, wurden anscheinend keine ausreichenden Rücklagen gebildet! Wen wundert es, bei diesen Ablösesummen und Gehältern. Teilweise müssen Vereine darüber hinaus zwei bis drei Trainer bezahlen, die sie wegen mangelnder Erfolgsaussicht kopflos vorzeitig entlassen haben. Deshalb sind dies zurzeit anscheinend die größten Sorgen, ob es den 100-fach und mehr überbezahlten Freizeitbelustigern, deren Beratern, Funktionären usw. finanziell weiterhin gut geht, während das unterbezahlte Pflegepersonal u.a. in den Krankenhäusern derzeit noch nicht einmal über ausreichend Schutzmasken, und -anzüge verfügt! Zur Einordnung: Sogar in der Dritten Liga verdienen die Fußballprofis durchschnittlich 120 000 Euro brutto im Jahr, für zwei Trainingseinheiten am Tag und einem oder zwei Spielen in der Woche. Über 90 Prozent der Beschäftigten in Deutschland verdienen viel weniger, und Pfleger*innen und ähnliche Berufs-

gruppen, auch alle sozialen Berufe mit psychisch wie physisch anstrengender Tätigkeit, verdienen dagegen oftmals nur ein Viertel dieser Summen im Jahr!

Peter Illion, Oberursel

Eine riesengroße Chance wurde vertan

Ich bin extrem enttäuscht und ernüchert über das Verhalten des Profifußballs und ebenso, wie das in der FR begleitet wird. Der selbe Verein, der 2002 nur durch eine skandalöse Bürgschaft der Helaba überhaupt eine Lizenz bekam, zockt nun erneut Steuergelder durch Kurzarbeit ab, während die Spieler und Trainer noch „überlegten“. Da fehlen mir die Worte. Wieso tragen die Söldner und/oder ihre Berater nicht die Kurzarbeitgelder? Um im fast gleichen Moment einen 35-Millionen-Deal mit der Deutschen Bank zu verkünden, dessen Timing Herr Hellmann auch noch lobt, während Millionen von Menschen nicht wissen, wie es mit ihren „nicht-systemrelevanten“ Jobs weitergeht.

Nun ist der aktuell omnipräsente Herr Bobic stolz auf einen 20-prozentigen Gehaltsverzicht. Warum nicht 50 Prozent? Selbst dann hätten die Herren Kicker noch Monatsgehälter, für die der so oft zitierte Mittelstand jahrelang arbeiten muss.

Ein Shitstorm? Ein gepfeffelter Artikel in der FR? Fehlanzeige. Ich bin seit Jahrzehnten Eintracht infiziert, habe sämtliche Abstiege mit durchlitten, aber nun fehlt mir jegliches Verständnis. Eine riesengroße Chance wurde vertan. Wir schrieb die „Zeit“ so schön: Der Fußball ist uns fremd wie nie.

Wie hoch ist der Elfenbeinturm der Funktionäre? Ich hoffe, er stürzt krachend zusammen. Aktuell würde ich nichts vermissen.

Andreas Abel, Frankfurt

Unberechenbarkeit ist in unser Leben eingezogen

Selten hat jemand in einem Interview -und schon gar nicht ein Verantwortlicher des Sports- so klare und so richtige Worte gefunden für das, was wir gerade erleben. Ich bin tief beeindruckt von Kurt Denk und möchte hinter jedes seiner mit Bedacht gewählten Worte gerne ein Ausrufezeichen setzen. Wer eine Diskussion um Geisterspiele im Fußball derzeit für irgendwie relevant hält, lebt im Kopf noch in der Nachkriegs-Wohlstandsgesellschaft von vor sieben Wochen, in der alles möglich schien und keine Herausforderung „unmeisterbar“. Das ist den Verantwortlichen zwar nachzusehen, aber völlig an den veränderten Realitäten vorbei.

Wenn vor acht Wochen eine Debatte angestanden hätte, 30 Mio. überalterte Atemschutzmasken nach zehnjähriger Lagerung durch neue zu ersetzen, wäre ein Schrei durch die Presselandschaft gegangen, vermutlich angeführt vom Bund der Steuerzahler, ob solch offensichtlicher Verschwendung von Steuergeld. Nun beklagen wir aber, dass es noch nicht einmal für die wichtigsten Verantwortlichen in Pflegeheimen und beim medizinischen Personal einen Vorrat an tauglichen Atemschutzmasken gibt. Es dauert gefühlte Ewigkeiten, sie am Markt verfügbar zu machen. Absolute Unberechenbarkeit im eigenen Leben über einen langen Zeitraum bis zum verfügbaren Impfstoff ist in diese Gesellschaft zurückgekehrt. Es steht der längst besiegt geglaubte massenhafte Tod wieder vor der Tür. Angesichts dieser völlig veränderten Lage ziehe ich meinen Hut vor dem bisherigen Management unserer Regierung, die es geschafft hat, ohne Panik eine auf Hochleistung getrimmte Wirtschaftsgesellschaft in Rekordzeit schlafen zu legen. Zu spät? Ja! Zu wenig Vorsorge? Definitiv! Aber Vorsorge hätte zu einer Zeit getroffen werden müssen, in der dieser Gesellschaft jegliches Verständnis dafür abgegangen wäre. Das gilt es, in künftigen Planungen einzukalkulieren. Michael Steigerwald, Frankfurt